

L9

AG Migration und Vielfalt der SPD Berlin Mitte

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Schaffung sicherer Räume für Menschen palästinensischer Herkunft, die das Trauma des Todes von Familienmitgliedern und Bekannten erleben

1 dass ein aktives Engagement erforderlich ist,
2 um zivilgesellschaftliche Strukturen zu unter-
3 stützen, die bereits in dieser Art von Aktivitä-
4 ten tätig sind. Die SPD verpflichtet sich, Res-
5 sourcen zu finden, um konkrete Unterstüt-
6 zung bei der Schaffung von sicheren Räumen
7 zu bieten, in denen Menschen palästinensi-
8 scher Herkunft, die in unserer Stadt leben,
9 ihre Sorgen über die ernste Situation in Ga-
10 za ausdrücken und moralische Unterstützung
11 erhalten können - z.B. eine vertrauliche Hot-
12 line mit Support, Informationen und lokalen
13 Ressourcen, und Projekte, die Kriseninterven-
14 tionsdienste anbietet.

15

16 **Begründung**

17 Die Lage in Gaza ist ernst. Die Zahl der zivi-
18 len Opfer, insbesondere Frauen und Kinder,
19 ist außer Kontrolle geraten. Viele Menschen
20 palästinensischer Herkunft, auch unter un-
21 seren Mitgliedern, finden keine geeigneten
22 Räume, in denen sie ihre Trauer zum Aus-
23 druck bringen können, da sie befürchten, ver-
24 balen Angriffen oder Einschüchterungen aus-
25 gesetzt zu sein. Die vorherrschende Rhetor-
26 rik will die legitime Unterstützung der pa-
27 lästinensischen Frage mit der Unterstützung
28 der Hamas gleichsetzen. Dies ist eine große
29 Ungerechtigkeit gegenüber den vielen Men-
30 schen, die durch den Tod von Familienmit-
31 gliedern, Bekannten und Freunden ein Trau-
32 ma erleben. Die SPD muss sich dafür einset-
33 zen, dass jede Möglichkeit der Diskriminie-
34 rung ausgeschlossen wird. Es ist zu bedenken,
35 dass der gesellschaftliche Zusammenhalt un-
36 tergraben wird, wenn nicht rechtzeitig gegen
37 diese Formen des Hasses und der Stigmatisie-
38 rung vorgegangen wird.

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Schaffung sicherer Räume für Menschen
mit eigener oder familiärer Flucht- und/oder
Kriegserfahrung, die das Trauma des Todes
von Familienmitgliedern und Bekannten
erleben

Es ist ein aktives Engagement erforder-
lich, um zivilgesellschaftliche Strukturen
zu unterstützen, die bereits in dieser Art
von Aktivitäten tätig sind. Die SPD ver-
pflichtet sich, Ressourcen zu finden, um
konkrete Unterstützung bei der Schaf-
fung von sicheren Räumen zu bieten,
in denen Menschen palästinensischer Herkunft mit
eigener oder familiärer Flucht- und/oder
Kriegserfahrung, insbesondere Menschen
palästinensischer Herkunft, die in unserer
Stadt leben, ihre Sorgen über die ernste
Situation in Gaza ausdrücken und moralische
Unterstützung erhalten können - z.B. eine
vertrauliche Hotline mit Support, Informa-
tionen und lokalen Ressourcen, und Projekte,
die Kriseninterventionsdienste anbietet.